

Zermürbt China die Vereinten Nationen?

I

Als vor zwanzig Jahren die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) gegründet wurde, war sie zunächst ein Spielball der industrialisierten Großmächte und ein Zankapfel zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. *Stalin* trat der Weltorganisation bei, um so die UdSSR vor internationaler Isolation zu bewahren. Es entsprach der Politik der Sowjetunion, hinter dem formellen Prinzip der Gleichberechtigung aller Nationen den Großmächten eine privilegierte Position im Weltsicherheitsrat einzuräumen. Voller Mißtrauen gegenüber den kleinen Staaten, den „Lohndienern des Imperialismus“, wollte *Stalin* die Mitspracherechte der wenigen Entwicklungsländer, die bereits 1945 selbständig waren, beschneiden.

Die sowjetische Perspektive wandelte sich, als die UNO durch den Beitritt der jungen asiatischen und afrikanischen Staaten erweitert wurde. Die Emanzipation der Kolonien schien Moskau eine neue Gelegenheit zu bieten, aus ihrer bisherigen Defensive in der Weltorganisation herauszutreten und mit dem Zuwachs der jungen Nationen dem sozialistischen Lager zur Mehrheit in der UNO zu verhelfen. Diese Rechnung ging nicht auf. 1959 erlitt die Sowjetunion mit den Stimmen der Asiaten und der ersten afrikanischen Staaten Niederlagen in der Ungarn- und in der Tibetfrage. 1960 setzte die UdSSR nicht die Verurteilung der U-2-Spionage durch. Ja, sie mußte jetzt sogar in der Kongofrage, um ihr antikolonialistisches Bild zu wahren, Zugeständnisse an die UNO-Truppe machen, die ihren Prinzipien widersprachen.

Die Sowjetunion begann einzusehen, daß sie über die UNO nicht ihren Einfluß in der internationalen Politik ausdehnen konnte. Seitdem entschloß sie sich zu einer neuen Taktik; mit finanzpolitischen Winkelzügen versucht sie, die Weltorganisation zu paralysieren. Das fand wiederum wenig Freude in der afro-asiatischen Welt.

Die Vereinigten Staaten setzten sich anfangs mit Enthusiasmus für die Förderung der UNO ein, hatten sie doch hier eine so stabile Mehrheit, daß diese Organisation das beste Instrument ihrer auswärtigen Politik war. Das änderte sich, als die Republikaner, die niemals soviel Erwartung in die UNO gesetzt hatten wie die Demokraten, mit *Eisenhower* an die Macht kamen. Langsam kühlte sich das Verhältnis zwischen den USA und der UNO ab.

Als dann der Zustrom der Entwicklungsländer einsetzte, versuchte *John F. Dulles* die bislang mechanische Mehrheit der USA in der Weltorganisation mit der Doktrin zu retten, im Ost-West-Konflikt dürfe es keine Neutralität geben. Aber auch diese Rechnung ging nicht auf. Bald konnte die UNO auch nicht mehr als militärisches Instrument der USA auf den Nebenkriegsschauplätzen gegen kommunistische Staaten eingesetzt werden. Mehr und mehr verliert die UNO für die amerikanische Außenpolitik an Bedeutung.

II

Um ihren Einfluß gebracht, wird den Diplomaten Washingtons wie Moskaus nun das erregendste Problem der UNO, Südostasien und Afrika, leid.

Unterdessen gewinnt China mehr und mehr Interesse an dem Einfluß auf Afrika und Südostasien. Wie fast alle Entwicklungsländer war China bisher von der internationalen Politik abge sondert gewesen. Selbst das „sozialistische Lager“ hat der chinesischen Revolution mehr schlechte als rechte taktische Hilfsdienste geleistet. Es hat noch deutlicher als die anderen Entwicklungsländer erfahren müssen, daß weder in den west-

ZERMÜRBT CHINA DIE VEREINTEN NATIONEN?

lichen noch in den östlichen Industrieländern ein geistig, politisch und wirtschaftlich geeignetes Konzept systematischer Entwicklung der jungen Nationen gefunden werden kann.

Die Chinesen sind vielen Entwicklungsländern nicht nur ein moralisches Vorbild geworden. Ihre wirtschaftliche und politische Emanzipation verläuft parallel zur Entwicklung der meisten jungen Staaten. Chinas Aufbau hing mehr von der Landwirtschaft und dem Handwerk ab als der sowjetische. Eine straff gelenkte Planung hat den Chinesen nur Rückschläge eingebracht. Nicht mit *Leninscher* Organisation, mit einer hierarchischen Bürokratie, sondern mit der kommunistischen Zellenbildung auf der unteren Basis konnten sie den chinesischen Großraum politisch und wirtschaftlich stabilisieren. *Thomas Robert Malthus* wurde von den chinesischen Kommunisten nicht minder ernst genommen als *Karl Marx*.

Auch die politische Geschichte der chinesischen Revolution verlockt zu mehr Vergleichen mit anderen Entwicklungsländern als die sowjetische Revolution. Die chinesischen Kommunisten konnten nicht wie ihre russischen Genossen verhältnismäßig schnell den Sieg erringen. Sie brauchten dazu den „langen Marsch“ von zwanzig Jahren. Die Sowjets konnten sich nach der Revolution auf eine seit den Warägern (860 n. Chr.) herrschende Lehre vom Staat beziehen, wonach dieser eine Macht außerhalb und oberhalb der Gesellschaft ist. In China war hingegen der Staat seit je durch die Verbindung örtlicher Notabein so eng mit der Gesellschaft verbunden, daß diese sich mit ihm identifizieren konnte. Das erlaubte den Chinesen eine unbürokratische Dezentralisation, die sie dann auch später im chinesisch-sowjetischen Ideologiestreit im *Hegel'schen* Sinne des „dialektischen begreifenden Erkennens“ zur These des selbständigen und selbstbewußten Verhaltens der kommunistischen Parteien und ihrer Zellen machte.

Seit einem Jahr ist dieses Konzept auch Grundlage der neuen chinesischen Taktik in Afrika. Vorher hatten die Chinesen von 1960 bis Anfang 1964 ihre Bemühungen in Afrika auf Guinea, Mali und Ghana konzentriert. Dabei war ihre überstürzte Wirtschaftshilfe fehlgeschlagen. Ebenso erfolglos war ihre Unterstützung extremistischer und ultranationalistischer „Bruderparteien“ und Untergrundbewegungen.

Diese Taktik änderte China nach der Afrikareise *Tschu En-lais*. Heute dürfte es den westlichen Geheimdiensten schwerfallen, den Chinesen in Afrika politische Intrigen materiell nachzuweisen. Seitdem sie sich der direkten politischen Einmischung enthalten, arbeiten sie auch nicht mehr nur mit „Bruderparteien“ zusammen. Ost- und Zentralafrika wie auch der Maghreb wurden mehr und mehr in ihre Einflußzonen einbezogen. Selbst so leidenschaftliche Antikommunisten wie der Präsident der Zentralafrikanischen Republik ließen sich zum Abschluß langfristiger Wirtschaftsverträge mit China bewegen.

Chinas Afrikapolitik ist heute die Fortsetzung der „Strategie des revolutionären Krieges“ mit diplomatischen Mitteln. Die Taktik ist einfach. Wie im Ideologiestreit mit der Sowjetunion, so unterstützen die Chinesen auch in Afrika den von Machtzentren unbeeinflußten Weg des Sozialismus. China begeht nicht den Irrtum der Westmächte und der Sowjetunion, massive Hilfe den afrikanischen Politikern anzubieten, die sie für Freunde halten, die sich aber fast nie als frei gewählte Repräsentanten der Völker ausweisen können. China will die Zustimmung der Elite in der jungen Generation, der Studenten, Gewerkschafter und politischen Techniker, gewinnen.

Ihre Techniker, die nach Afrika gehen, arbeiten wie sozialistische Pfadfinder, denen es immer gelingt, sich ohne Mühe den einfachen Lebensgewohnheiten des Volkes anzupassen. Sie können in schlichten Erdhütten oder in Strohschobern wohnen, ohne auf Klimaanlage oder Privatfahrzeug angewiesen zu sein. Sie beziehen Gehälter, die oft noch unter denen einheimischer Fachkräfte liegen. Mit ihrem persönlichen Beispiel erwirken sie mehr Sympathie als in politischen Diskussionen (auf die sie verzichten).

Ihre Vorstellung von der politischen Entwicklung der „Dritten Welt“ ist unverändert geblieben. Während die Sowjetunion seit 1920 schwankt, ob sie in Entwicklungsländern dem Bürgertum oder den kommunistischen Parteien die führende Rolle in der Emanzipation zusprechen soll, hat China nie bürgerlichen Revolutionen Wert zugesprochen. Während die Sowjetunion um augenblicklicher Vorteile wegen häufig taktische Konzessionen machen mußte, vermied es China bisher, vor taktische Entscheidungen gestellt zu werden. In Afrika beschränkt es sich darauf, Vorbild zu sein und als Wegbereiter des afrikanischen Sozialismus zu erscheinen.

III

Erst als Indonesien aus der UNO ausgetreten war, wies China die Entwicklungsländer auf eine neue politische Initiative hin. Am 25. Januar 1965 erklärte *Tschu En-lai* beim Empfang des indonesischen Außenministers *Subandrio*: „Es kann sehr leicht eine Organisation der revolutionären Vereinten Nationen gegründet werden, die in Konkurrenz zur sogenannten UNO Konflikte schlichtet. Länder wie China, Korea und Vietnam, die zusammen ein Viertel der Weltbevölkerung stellen, sind nicht Mitglieder der UNO. Trotzdem geht es ihnen gut. Auf der anderen Seite gibt es in der UNO Länder, die von ihren amerikanischen Herren kontrolliert werden.“

Chinas Plan, eine neue, revolutionäre Weltorganisation ins Leben zu rufen, wird in einem Augenblick geäußert, in dem die beiden größten Industriemächte, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, das Interesse an der UNO verlieren, in dem aber besonders die afrikanischen Staaten darauf drängen, diese Weltorganisation zu einem brauchbareren Instrument der internationalen Zusammenarbeit zu machen. Gerade die „revolutionären“ Staaten in Afrika, die heute die besten Beziehungen mit China unterhalten, sind gleichzeitig auch — von Nigeria abgesehen — die gewissenhaftesten und fleißigsten Delegierten im Parlament und in den Sonderausschüssen der Vereinten Nationen.

Die UNO zu verlassen, um sich einer neuen, von China inspirierten Weltorganisation anzuschließen, böte für Afrika die Gefahr der Isolation. Der Schwarze Kontinent hat nicht wie China die historischen und geographischen Voraussetzungen zur autarken Selbstentwicklung. Afrika ist auf die internationale Zusammenarbeit mit den Großmächten angewiesen. Das bringt die Afrikaner in ein Dilemma. Wenn sie nicht in der internationalen Politik isoliert werden wollen, setzen sie sich der Gefahr politischer Bevormundung aus. Dieselben Afrikaner, die sich nicht dem Ostblock anschließen wollten, weil sie das Schicksal Osteuropas kennen, das unter militärischem Druck und mit politischen Intrigen der UdSSR hörig gemacht wurde, fürchten nun, bei den militärischen und politisch undurchsichtigen Operationen der USA in Afrika, amerikanische Volksdemokratien zu werden.

Das war die Ursache der scharfen antiamerikanischen Polemik, die Afrikaner während der Debatte über die belgisch-amerikanische Militärintervention im Kongo auf der 19. Vollversammlung der UNO im Dezember 1964 führten. Treffend hat der Außenminister von Kongo-Brazzaville die Zwangslage der Afrikaner beschrieben: „Wenn einem einzigen Weißen etwas zustößt, dann sind Millionen Afrikaner in Gefahr. Kongo-Brazzaville hat das größte Bedürfnis nach technischer Hilfe der Weißen. Doch es fragt sich, ob diese Hilfe nicht morgen ein Vorwand für ähnliche Aggressionen wie in Stanleyville sein kann.“

Andererseits mißtraut man aber auch einem zu festen Bündnis mit den Chinesen. Kein afrikanischer Staat, mag er auch noch so eng mit China befreundet sein, ist an einer neuen Spaltung der Welt in den Ost-Süd-Block und den West-Nord-Block interessiert. Mit der chinesischen Absicht, eine neue Spaltung der internationalen Politik

ZERMÜRBT CHINA DIE VEREINTEN NATIONEN?

herbeizuführen, wird ganz besonders Afrika von neuen, inneren Spaltungen bedroht sein. Am meisten spürt die ostafrikanische Insel Madagaskar die Gefährdung ihrer Unabhängigkeit durch den zunehmenden Einfluß Chinas auf dem Schwarzen Kontinent. Aber auch andere Länder, wie Gabun, Burundi, Niger und die Elfenbeinküste, sind darum besorgt, China könne die Einheit Afrikas sprengen. Der Staatspräsident der Elfenbeinküste machte sich am 23. Januar 1965 zum Sprecher der antichinesischen Gruppe: „Afrika verliert seine Seele, wenn es chinesisch wird. Es ist nicht auszumalen, was geschähe, wenn sich in Ghana und den beiden Kongostaaten ein versessenes und intelligentes China ausbreitet, welches eine Nation gegen die andere ausspielt und den Frieden zwischen den Volksstämmen und Generationen der Afrikaner gefährdet.“

Afrika will gewiß nicht in das Spannungsfeld zwischen China und Nordamerika geraten. Es befürchtet den Zerfall der UNO durch die obstruktive Politik der UdSSR und der USA. Es fürchtet aber auch die Vorherrschaft der beiden Großmächte in der Weltorganisation. Andererseits ist es auf deren Hilfe angewiesen. Afrika ist an einer starken UNO mit schwachen Einflüssen der USA und der UdSSR interessiert. Das aber fordert eine Selbstlosigkeit der Großmächte, die kaum zu erwarten ist. Nur einer kann den Zerfall der UNO ohne Skrupel abwarten: China.